

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2017



Der lange Weg nach Straßburg

Mythos Oktoberrevolution

Erinnerungskultur im Bundestag

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Recht

- 3 Der lange Weg nach Straßburg
- 5 Steuern!

Thema

- 6 Mythos Oktoberrevolution

Interview

- 10 Herausforderung und Chance zugleich
Erläuterung

Berichte

- 11 Bundespräsident besuchte
Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße
Roter Terror zur Behauptung der Macht
- 13 Große Ausstellung gegen das Vergessen
Denkmal für die Revolution

Verbände

- 14 UOKG-Kongreß
Einladung Jamlitz
Aufrufe
- 15 XXVII. Mahn- und Gedenktreffen Mühlberg
Spendenaufruf
- 16 Gedenktag begehen
Auszeichnung
Neuer Landesbeauftragter

Service/Bücher

- 17 Auch im Lager wollten sie schön sein
- 18 Enttäuschte Hoffnungen
- 19 Flucht über Bulgarien

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

Am 22. Juni 2017 besuchten der Bundespräsident und seine Ehefrau die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam (s.S. 11):
(v.l.) Gedenkstättenpädagogin Sonja Rosenstiel, Elke Büdenbender, Ministerpräsident Dietmar Woidke, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Oberbürgermeister Jann Jakobs, Gedenkstättenleiterin Uta Gerlant während der Führung durch die Gedenkstätte.

Foto: Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße

Editorial

Hamburger Gewaltexzesse – und nun?

Von Horst Schüler

„Plündereien, Barrikadenbau, Angriffe auf staatliches Herrschaftspersonal etc. können Mittel im emanzipatorischen Kampf sein... Hamburg hat nach langer Zeit wieder einmal gezeigt,... daß punktuell dem Staat die Kontrolle abgenommen werden kann.“ So zu lesen in einem Kommentar auf der linksradikalen Web-Seite „Indymedia“, unmittelbar nach den bürgerkriegsähnlichen Vorfällen, die das Treffen der 20 führenden Staatschefs in Deutschland begleiteten.

Nun sind ja seitdem einige Tage verstrichen, es mag also schon sein, daß andere Ereignisse inzwischen die Welt in Aufregung versetzten – an diskussionswürdiger Aktualität haben das Gipfeltreffen G 20 und sein schwarzer Rahmen dennoch nicht verloren. Besonders wir, die einstigen politischen Häftlinge des kommunistischen Terrors, haben das Recht, darauf zu beharren, weil es niemanden gibt, der so oft gefordert hat, in unserem Land nicht nur die rechten Extremisten zu bekämpfen, sondern gleichermaßen die linken. Immer und immer wieder haben wir das verlangt – eine nennenswerte Reaktion gab es nie, weder aus den Amtsstuben der Regierenden, noch bei den Parteien, und auch in den Medien fanden wir nicht viel Unterstützung. Nein, wir fühlten uns recht verlassen auf weiter Flur, vielleicht hat man uns ob unserer Haltung sogar ein wenig belächelt. Sich unserer Forderung anschließen wollten jedenfalls nur wenige.

Und dann kamen diese drei Tage Anfang Juni, und es geschah, was wir kaum noch für möglich hielten. Urplötzlich zeigten sich alle zutiefst entsetzt, die vorher auf dem linken Auge blind schienen, die nicht müde wurden beim Entwerfen von Deeskalationsstrategien für Polizisten, wie sie gegen linke Chaoten vorzugehen hätten, die mit Steuergeldern fast nur linksautonome Projekte förderten, die in Fernseh-zirkeln jeden niedermachten, der Härte

auch (!) gegen Linksradikale anmahnte, die stets weggeschaut hatten, wenn in der Rigaer Straße in Berlin Polizisten herangelockt und angegriffen wurden, die es duldeten, daß man straffrei Häuser besetzen durfte, die Neuköllns Bezirksbürgermeister Buschkowsky zum resignierten Abschied drängten, die es hinnahmen, daß im „Kampf gegen Kapitalisten“ Autos abgefackelt wurden, die allzu milden Richtern Beifall zollten – eine Kette schier ohne Ende.

Und jetzt? Jetzt überbieten sie sich mit fadenscheinigen Erklärungen. „Es wird das Schlafpulver eines Sandmännchen-Märchens in die Öffentlichkeit geblasen, in dem die Terroristen als unpolitische Krawallkinder dargestellt und so aus dem gemütlichen linken Milieu verbannt werden sollen“, schrieb Peter Huth, Chefredakteur der WELT AM SONNTAG sehr richtig. An der Spitze dieser Märchenerzähler, na klar, die Führung der Linken, etwa Sahra Wagenknecht. Gewalt sei niemals links, sagte sie. Und die da in Hamburg wüteten, das waren für sie lediglich marodierende Chaoten.

Nein, sie schämen sich nicht für den Kuschelkurs, den sie fuhren. Und es sind ja nicht nur die Vertreter der Linken, die den linksradikalen Überbau der Gewalttäter in den schwarzen Blöcken einfach verneinen. Daß die mit Hammer-und-Sichel-Fahnen durch die Straßen ziehen und sich als die „wahren linken Kämpfer gegen das kapitalistische System“ titulieren, wird auch weiterhin geflissentlich übersehen. Deshalb noch einmal der Chefredakteur der WELT AM SONNTAG: „Daß sich die Zerstörungslust in Hamburg verselbständigte und zu einer gehegten reinen Orgie der Gewalt wurde, ändert nichts an der Tatsache, daß der Nährboden in den linksextremen, von rot-grünen Regierungen gehegten Biotopen liegt.“

So ist es! Genau so!

Der lange Weg nach Straßburg

Verfassungsbeschwerde DDR-Flüchtlinge – keine Entscheidung

Von Jürgen V. Holdefleiß

Am 18. Januar 2017 hatte die ARD im Format „plusminus“ einen Beitrag zu der verstörenden Tatsache gebracht, daß die Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR in der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland um ihre Rente kämpfen müssen, und zwar bislang erfolglos. Zwar hat der Gesetzgeber kein Gesetz beschlossen, nach dem das so sein muß, jedoch die Bundesregierung will, daß es so bleibt. Aber immerhin lief ja eine Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG), und so bestand Hoffnung, daß das höchste deutsche Gericht feststellt, daß hier Unrecht praktiziert wird. Die Ironie des Schicksals wollte es, daß am selben Tag, also genau am 18. Januar 2017, die Nachricht kam, daß das Bundesverfassungsgericht die Beschwerde nicht zur Entscheidung angenommen hat. Eine schier unendliche Geschichte.

Der politische Kampf um die Wiederherstellung des verletzten Rechts

Der in Ausgabe 1/2017, S. 6 ff. erschienene Artikel „Asymmetrischer Kampf“ berichtete über den Status der ehemaligen DDR-Flüchtlinge im wiedervereinigten Deutschland und deren rückwirkende Einbeziehung in die Rentenüberleitung.

Der Bundestag war spätestens seit der 16. Legislaturperiode mit dem Problem konfrontiert. Die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF) verlangt, daß die durch kein Gesetz gedeckte Unterstellung der in der alten Bundesrepublik eingegliederten DDR-Altübersiedler unter die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR rückgängig gemacht wird.

Es gab etliche Aktivitäten aus dem Bundestag heraus, eine politische Lösung des Konfliktes zu erwirken. Diese scheiterten allesamt an dem ausgeprägten Willen der Bundesregierung, die politische, moralische und soziale Demütigung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge dauerhaft festzuschreiben. Daß dabei der Wille des 12. Bundestages, der für die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR zuständig war, unterlaufen und konterkariert wird, wird billigend in Kauf genommen. Der politische Kampf ist nur die eine Seite der Medaille.

Er muß nun in der 19. Legislaturperiode fortgesetzt werden.

Der Instanzenweg über die Sozialgerichte

Der Klageweg über die Instanzen der Sozialgerichtsbarkeit ist die andere Seite der Medaille. Das deutsche Sozialrecht läßt keine Sammelklage zu. (Wikipedia: „In Deutschland sind Sammelklagen nicht zulässig, da dem deutschen Recht eine Gruppenbetroffenheit fremd ist.“) Insofern muß jeder Betroffene seinen eigenen mühsamen Weg durch die Instanzen gehen. Jedoch: Betroffen ist jeder, der die DDR dauerhaft verlassen hatte und in der alten Bundesrepublik unter dem Schirm des Grundgesetzes integriert worden war. Hier ist durchaus von einer Gruppenbetroffenheit zu sprechen. Die Frage muß erlaubt sein, inwiefern die Sozialgerichte ungeachtet dessen ausschließlich Individualklagen zulassen. Der Klageweg ist zudem mit etlichen formalen Schwierigkeiten versehen.

Die Gerichte gehen im Sinne der Prozeßökonomie nach der Methode der „wörtlichen Auslegung“ der Gesetzestexte vor. Was dabei herauskommt, ist in dem o.g. Beitrag „Asymmetrischer Kampf“ auf Seite 7 beschrieben. Die Gerichte verkennen dabei, daß es im Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) ausschließlich um Versicherte des Beitrittsgebietes geht, wenn von „Versicherten“ und „Beitragszeiten im Beitrittsgebiet“ die Rede ist.

§ 256a SGB VI legt fest, wie Entgeltpunkte für Beitragszeiten im Beitrittsgebiet ermittelt werden. Die Gerichte fragen nicht: „Wessen Beitragszeiten?“, fragen also nicht nach der grundsätzlichen, vom Gesetzgeber verfügten Adressierung des RÜG. Damit stellen sie automatisch auch Personen unter die Wirkungsmacht von § 256a SGB VI, für die das RÜG nach dem Willen des Gesetzgebers gar nicht bestimmt war.

§ 259a SGB VI wird als sogenannter „Vertrauensschutzparagraph“ gehandelt. Die Gerichte fragen nicht: „Wessen Vertrauen?“, fragen also auch hier nicht nach der Adressierung des RÜG. § 259a

SGB VI ist ein Paragraph, der ergänzend einem Ausnahmetatbestand zu Art. 2 RÜG Rechnung trägt. Art. 2 RÜG steht für eine Übergangsregelung für rentennahe Jahrgänge unter den Versicherten des Beitrittsgebietes, von denen vorausgesetzt wird, daß sie regelmäßig ihren gewöhnlichen Wohnsitz im Beitrittsgebiet haben. § 259a SGB VI steht für Versicherte des Beitrittsgebietes, die ihren Wohnsitz im Beitrittsgebiet aufgegeben hatten und in die alten Bundesländer umgezogen sind.

§ 259a SGB VI bietet einen „Vertrauensschutz“, ja, aber mitnichten für DDR-Altübersiedler, sondern lediglich für Versicherte des Beitrittsgebietes, die sich einen Wohnsitz im Westen gesucht hatten, nachdem das aufgrund der Durchlässigkeit der innerdeutschen Grenze möglich war.



Foto: Ingrid Holdefleiß

Der Autor, Jürgen V. Holdefleiß.

2. Teleologische Auslegung

2.1 Eröffnet der Wortsinn des Gesetzes Raum für verschiedene Auslegungsmöglichkeiten, ist es sachgerecht, diejenige Auslegung zu wählen, die der Regelungsabsicht des Gesetzgebers und dem Zweck der betreffenden Vorschrift am ehesten gerecht wird¹² (historisch teleologische Auslegung)¹³.

2.1.1 Regelungsabsicht und Motive des Gesetzgebers lassen sich in erster Linie ermitteln aus der historischen Situation zur Zeit der Entstehung der Norm, namentlich aus dem Anlass der Regelung, aus Absichtserklärungen des Gesetzgebers sowie aus amtlichen Begründungen.

Abb. 1: Aus dem Aufsatz v. Thomas Cirsovius.

Sachgerecht wäre es jedoch, nach dem Prinzip der „historisch-teleologischen Auslegung“ zu verfahren. Das bedeutet, daß das Gericht nach der Regelungsabsicht des Gesetzgebers und dem Zweck der Vorschrift zu fragen hat. Prof. Dr. Thomas Cirsovius schreibt dazu (Abb. 1): „Regelungsabsicht und Motive des Gesetzgebers lassen sich in erster Linie ermitteln aus der historischen Situation zur Zeit der Entstehung der Norm, namentlich aus dem Anlaß der Regelung ...“ (Th. Cirsovius: Anwendung juristischer Auslegungsmethoden am Beispiel des Rechts



der gesetzlichen Rentenversicherung, in: Die Sozialversicherung 4/2003, S.90 ff.)

Spätestens in der 2. Instanz wird dem Kläger regelmäßig nahegelegt, die Klage zurückzuziehen, da sie keine Aussicht auf Erfolg habe. Es sind Fälle bekannt, in denen der Kläger mit „Mutwillenskosten“ belegt wurde, weil er darauf bestand, daß ein Urteil gesprochen wird. Nach der 2. Instanz ist regelmäßig Schluß. Die Revision wird nicht zugelassen. Gegen das Revisionsverbot kann jedoch Beschwerde eingelegt werden, was ebenfalls mit erheblichen formalen Schwierigkeiten verbunden ist.

In einem konkreten Fall ist dies gelungen (Urteil des Hessisches Landessozialgerichts vom 25.03.2011, L 5 334/04). Damit war erstmalig der Weg zum Bundessozialgericht frei. Das Bundessozialgericht hat es allerdings vorgezogen, der Praxis der „wörtlichen Auslegung“ treu zu bleiben, und hat der Klage nicht stattgegeben (Urteil des Bundessozialgerichtes vom 14.12.2011, B 5 R 36/11 R). Immerhin war damit die Voraussetzung gegeben, daß der Kläger beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde einlegen konnte.

■ Anmerkung

I. Die vorstehende Kammerentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Rentenkürzung für Übersiedler ist nicht befriedigend. Allerdings ist sie Teil jener über 94 v.H.¹ von Verfassungsbeschwerden, die von den mit drei Mitgliedern des Gerichts besetzten Kammern in (kollegialer) Übereinstimmung durch das Fallbeil der Nichtannahme endgültig zur Strecke gebracht werden. Dabei handelt es sich keinesfalls stets um Rechtsbehelfe, die die erforderlichen Voraussetzungen offensichtlich (§§ 23 Abs. 1 Satz 2, 92 BVerfGG) nicht einhalten. Rüdiger Zuck² hat kürzlich darauf verwiesen, dass das Verfassungsbeschwerderecht „nur in Kenntnis von 140 Bänden der Amtlichen Sammlung, 20 Bänden der Kammerrechtsprechung und den Online-Nachweisen zur aktuellen Kammerrechtsprechung“ zu beherrschen ist, wobei das Gericht „diese Voraussetzungen“, insbesondere das Substantiierungserfordernis extensiv handhabt und die vom Gericht gerügte mangelhafte Begründung vielfach darin besteht, dass diese das Gericht nicht überzeugt.³ Diese Verfah-

Abb. 2: Aus den Anmerkungen v. Detlef Merten.

Wir hatten bereits in der Vergangenheit Schriftwechsel zu dem von Ihnen verfolgten Anliegen. Daher möchte ich diesbezüglich auf mein ausführliches Schreiben vom 3. Juli 2015 verweisen. Die darin dargestellte Einschätzung der CDU/CSU-Fraktion zu Ihrem Anliegen hat sich in der Zwischenzeit nicht verändert.

Der Nichtannahmebeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Dezember 2016 (1 BvR 713/13) bestätigt unsere bisherige Argumentation. Leider kann ich dem im Augenblick nichts hinzufügen.

Mit freundlichen Grüßen

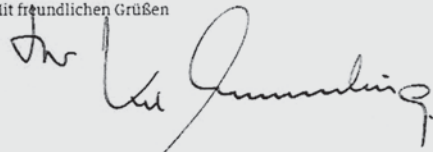


Abb. 3: Karl Schiewerling MdL am 19. Juni 2017 an die IEDF.

Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht

Auf der Internetseite des Bundesverfassungsgerichts werden die Grundsätze der Verfassungsbeschwerde beschrieben: „Die Verfassungsbeschwerde ermöglicht insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern, ihre grundrechtlich garantierten Freiheiten gegenüber dem Staat durchzusetzen. Es handelt sich jedoch nicht um eine Erweiterung des fachgerichtlichen Instanzenzuges, sondern um einen außerordentlichen Rechtsbehelf, in dem nur die Verletzung spezifischen Verfassungsrechts geprüft wird.“ Das Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG) regelt die formalen Einzelheiten. So muß der Beschwerdeführer innerhalb von vier Wochen nach Zustellung des Urteils des Bundessozialgerichtes den kompletten Schriftsatz einschließlich Anlagen beim Bundesverfassungsgericht einreichen.

Dem Beschwerdeführer, der Mitglied der IEDF ist, war es gelungen, den angesehenen Verfassungsrechtler Prof. Rüdiger Zuck als Anwalt zu gewinnen. Die IEDF mußte die Kosten für das Honorar, das sich auf einen hohen fünfstelligen Betrag belief, durch Umlagen und Spenden einwerben.

Die Verfassungsbeschwerde wurde am 6. März 2013 eingereicht. Auf ihr ruhten nun alle Hoffnungen. Immerhin handelte es sich um eine Art Pilotverfahren. Erwartet wurde eine grundsätzliche Aussage des Senats über die Frage, ob das RÜG ein Gesetz ist, das die rückwirkende Umwertung der in der alten Bundesrepublik Deutschland nach geltendem deutschen Recht begründeten Rentenkonten der DDR-Altübersiedler gestattet bzw. vorschreibt.

Es ist bekannt, daß lediglich sechs Prozent aller eingereichten Verfassungsbeschwerden zu einem regelrechten Verfahren vor einem der beiden Senate des Bundesverfassungsgerichtes führen. Der bekannte Verwaltungs- und Verfassungsrechtler Prof. Dr. Dr. Detlef Merten stellt fest, daß „über 94 v.H. von Verfassungsbeschwerden ... durch das Fallbeil der Nichtannahme endgültig zur Strecke gebracht werden“. Der Autor beklagt, daß das Gericht die Voraussetzungen, insbesondere das Substantiierungserfordernis extensiv handhabt, und die vom Gericht gerügte mangelhafte Begründung vielfach darin besteht, daß diese das Gericht nicht überzeugt. (Abb. 2, Detlef Merten: Anmerkungen zum Nichtannahmebeschuß vom 13.12.2016, 1 BvR 713/13, in: Neue Justiz, Heft 4/2017)

Prof. Rüdiger Zuck, der Anwalt des Beschwerdeführers, führt hierzu aus: „Es ist ... völlig unverständlich, wie das BVerfG vier Jahre brauchen kann, um festzustellen, daß gar keine ordentliche Verfassungsbeschwerde vorgelegen hat. Diese Auffassung richtet sich schon durch den Zeitablauf selbst. Auf der anderen Seite ist der Hintergrund klar: Wenn man die Verantwortung dem Beschwerdeführer zuschieben kann, übernimmt man selbst keine Verantwortung mehr. Das spielt in diesem Fall eine erhebliche Rolle, weil der ganze Vorgang außerordentlich öffentlichkeitswirksam war und ist. Das BVerfG kann auf diese Art und Weise sich aus der Sache selbst völlig heraushalten.“ Das Bundesverfassungsgericht hat also nach fast vier Jahren Liegezeit entschieden, nicht entscheiden zu wollen. Angeblich käme der Beschwerde keine wesentliche Bedeutung zu.

Der Nichtannahmebeschuß ist im politischen Berlin offenbar mit einer gewissen Genugtuung aufgenommen worden. Dort wird er als juristische Bestätigung der ablehnenden Positionierung der Politik den DDR-Altübersiedlern gegenüber gewertet.

Der Abgeordnete Peter Weiß, Rentenexperte der Unionsfraktion, sieht es ganz locker. Für ihn ist die Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde gleichbedeutend mit einer abschlägigen Entscheidung. In einer Nachricht vom 4. Mai 2017 stellt er fest: „... Verfassungsbeschwerde eingelegt worden, über die nun ... abschlägig entschieden worden ist (1 BvR 713/13).“

Der Rechtsweg innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ist damit erschöpft. Aber das bedeutet nicht das Ende aller Möglichkeiten. Bei Merten heißt es: Die Verletzung des Rechts „auf den gesetzlichen Richter können Beschwerdeführer, deren Beschwerde von einer Kammer des Bundesverfassungsgerichtes nicht angenommen wurde, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte rügen.“

Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Das Vertrauen der Flüchtlinge, Ausgereisten, Freigekauften aus der ehemaligen DDR in den Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland war im Jahre 2013 noch einigermaßen intakt. Der Gang zum Bundesverfassungsgericht war von allgemeiner Zuversicht geprägt. Die Aussicht auf allerhöchste Rechtsprechung bewirkte auch die notwendige Motivation, die erhebliche Kostensumme aufzubringen.

Jetzt muß das Vertrauen in die Wertegemeinschaft der Europäischen Union als Hüterin der allgemeinen Menschenrechte für die notwendige Motivation herhalten. Auf der Grundlage der Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland und deren Nichtannahme durch das Kammergericht des BVerfG erfolgt nunmehr die Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg.

Es ist gelungen, mit dem Rechtsanwalt Stefan von Raumer, Berlin, einen auf Europäisches Recht – insbesondere Eigentumsrecht – spezialisierten Fachanwalt zu gewinnen. Stefan von Raumer ist bereit, zu einem Honorar zu arbeiten, das unter dem sonst üblichen Satz liegt. Es ist der konkrete Fall, der ihn interessiert und motiviert. Die Kosten übernimmt die IEDF. Die Eigenmittel der IEDF reichen jedoch nicht aus, diese Kosten komplett zu tragen. Wir sind deshalb auf Spenden angewiesen (Aufruf s. S. 15).

Stefan von Raumer schrieb 2011 im Anwaltsblatt des deutschen Anwaltsvereins: „Das Bundesverfassungsgericht als alleiniger Hüter der Menschenrechte – das war einmal. ... Der Nimbus des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) ist angekratzt. Mit einer ganzen Serie von Urteilen hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) der deutschen Justiz in den vergangenen zehn Jahren gezeigt, daß Grundrechte auch Menschenrechte sind – und daß das Bundes-

verfassungsgericht nicht alles korrigiert.“ (Stefan von Raumer: Wozu braucht Deutschland einen EGMR – wenn es ein BVerfG hat? in: Anwaltsblatt 3/2011)

Das war der Stand von 2011. Inzwischen muß man sagen, daß der Nimbus des Bundesverfassungsgerichtes einen schlimmen Kratzer mehr hat. Der 1. Senat des Gerichts hätte die Rechtsverletzung korrigieren können, die in der Beschwerde vorgetragen wurde. Dazu hätte er sich mit dem Inhalt der Beschwerde auseinandersetzen müssen. Aber die Beschwerde blieb in der Kammer hängen. Das Kammergericht ist nach vier (!) Jahren Liegezeit zu der Erkenntnis gekommen, daß die Ausführungen des Beschwerdeführers „nicht überzeugen“, und hat die Notbremse „Keine Entscheidung“ gezogen. Es ist zu hoffen, daß am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein sauberes Verfahren stattfinden wird. Die Menschenrechtsbeschwerde ist am 17. Juli 2017 fristgerecht eingereicht worden.

Ausblick

Der Rechtsweg innerhalb Deutschlands ist erschöpft. Das Bundesverfassungsgericht hat sich durch den Nichtannahmebeschluß aus der Affäre gezogen und damit das Tor zur juristischen Aufarbeitung verriegelt. Falls ein neues geeignetes Individualverfahren gefunden werden kann, müßte das dann auch erst wieder den Instanzenweg durchlaufen. Da wird

viel Zeit vergehen, bis eine (wie auch immer geartete) Entscheidung fällt. Ein Wettlauf mit der Sterblichkeit.

Und die Politik der unionsgeführten Bundesregierung hat sich festgelegt. Die moralische, politische und soziale Demütigung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge soll auf Dauer festgeschrieben bleiben. Der sozialpolitische Sprecher der Unionsfraktion des Bundestages, Karl Schiewerling, schrieb am 19. Juni 2017: „Der Nichtannahmebeschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Dezember 2016 (1 BvR 713/13) bestätigt unsere bisherige Argumentation. Leider kann ich dem im Augenblick nichts hinzufügen.“ (Abb. 3) Eine identische Aussage liefert auch die von der CDU formulierte Antwort auf den Wahlprüfstein zur Bundestagswahl 2017.

Auf dem Verfahren in Straßburg liegt die große Hoffnung. Die Menschenrechtsbeschwerde scheint die einzige Chance zu bieten, das verletzte Recht wiederherzustellen. Die Mitglieder der IEDF sind finanziell zu schwach, das Vorhaben durch Mitgliedsbeiträge und zusätzliche Umlagen allein zu stemmen. Wir sind dringend darauf angewiesen, daß uns auch Nichtbetroffene unterstützen (s. S. 15).

(Dr.-Ing. Jürgen V. Holdefleiß
ist Vorsitzender des bundesweit
tätigen gemeinnützigen Vereins
„Interessengemeinschaft ehemaliger
DDR-Flüchtlinge“, IEDF.)

Steuern!

Die Betroffenen von SED-Unrecht können über verschiedene Gesetze Leistungen erhalten. Des öfteren kommt dann die Frage auf, wie bzw. ob diese Leistungen zu versteuern sind.

Für welche Einnahmen Steuern gezahlt werden müssen, regelt das Einkommenssteuergesetz (EStG), es regelt in seinem § 3 auch steuerfreie Einnahmen. So gelten als steuerfreie Einnahmen gemäß § 3 Nr. 23 die Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz, dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz und dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz.

Auch Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG), z.B. Berufsschadensausgleich nach § 30 BVG oder die

Ausgleichsrente nach § 32 BVG zählen gemäß § 3 Nr. 6 EStG zu den steuerfreien Einnahmen. Steuern werden auf die verschiedenen Leistungen für Betroffene von SED-Unrecht somit nicht erhoben!

Darüber hinaus gilt, daß gemäß § 16 Abs. 4 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) die Leistungen nach den §§ 17 bis 19 StrRehaG als Einkommen bei Sozialleistungen, deren Gewährung von anderen Einkommen abhängig ist, unberücksichtigt bleiben. Dazu gehören die Kapitalentschädigung, die „Opferrente“ und die Unterstützungsleistungen der Stiftung für politische Häftlinge. Auch die Grundrente nach dem BVG wird im Rahmen des Sozialrechts nicht als Einkommen gewertet (§ 82 Abs. 1 Satz 1 SGB XII).

Zu beachten ist aber, daß dies nur in Verbindung mit Sozialleistungen gilt. Bei Un-

terhaltsverpflichtungen z.B. werden die verschiedenen Einnahmen berücksichtigt und gelten als „unterhaltsrelevantes Einkommen“.

Insbesondere bei der Grundrente greift jedoch § 1610a des Bürgerlichen Gesetzbuches. Dort heißt es: „Werden für Aufwendungen infolge eines Körper- oder Gesundheitsschadens Sozialleistungen in Anspruch genommen, wird bei der Feststellung eines Unterhaltsanspruchs vermutet, daß die Kosten der Aufwendungen nicht geringer sind als die Höhe dieser Sozialleistungen.“ Vereinfacht gesagt wird also vermutet, daß der Empfänger der Leistungen diese dafür ausgibt, den ihm entstandenen Schaden auszugleichen. Allerdings ist der Unterhaltsberechtigte in diesem Fall berechtigt, diese Vermutung zu widerlegen.

Benjamin Baumgart, Ass. jur.

Mythos Oktoberrevolution

Die Kluft zwischen realer Geschichte und Legende

Von Wolfgang Templin

Teil I

Der Sturm auf das Winterpalais, die Schüsse des Panzerkreuzers Aurora, Lenin auf dem Panzerwagen vor dem Finnischen Bahnhof – diese Bilder formten einen Mythos, der zu den wirkungsmächtigsten des vergangenen Jahrhunderts zählt. Die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ des Jahres 1917 sollte den Bruch markieren mit allen Gebrechen, der Not und dem Unrecht, die bisherige Geschichte bestimmten, sollte den Aufbruch in eine gerechte und klassenlose künftige Weltgesellschaft einleiten. Moskau wurde zum neuen Jerusalem, zum Zentrum der internationalen kommunistischen Bewegung, die Sowjetunion zur Führungsmacht aller Länder, die diesem Jahrhundertexperiment unterworfen waren.

Die reale Geschichte des Oktoberputsches der Russischen Kommunisten (Bolschewiki), seiner Voraussetzungen und Folgen ist schon häufig beschrieben worden. Der Mythos jedoch hat die beklemmende Realität überlebt und das

Ende der Sowjetunion überdauert. Er findet sein modisches Fortleben bei modernen und postmodernen Theoretikern wie dem umtriebigen Philosophen Slavoj Žižek, der davon fabelt, die Gebrechen des Kapitalismus mit der Geißel des Bolschewismus auszutreiben, bei dem verstorbenen Ökonomen Robert Kurz, der in seinem „Schwarzbuch des Kapitalismus“, mit allem „halbherzigen“ Reformismus abrechnet und das kapitalistische System von Grund auf zerstören will, um dann mit einem alternativen Neubau zu beginnen.

Marx bleibt nicht nur als ökonomischer Analytiker, sondern auch als Prophet der proletarischen Revolution in Mode. Auf den T-Shirts zahlreicher Alterglobalisten kann man sein Porträt, aber auch Lenin – Stalin seltener –, Mao Tse Tung und weitere Ikonen der kommunistischen Bewegung finden. Zur Entstehung und Wirkungskraft dieses Mythos und zu seiner Konfrontation mit der Realität ein notwendig kurzer Blick zurück.

Wege russischer Revolutionäre

Mit dem Wiener Kongreß, der das Ende der Napoleonischen Ära besiegelte, wurde Rußland endgültig zu einer der entscheidenden europäischen Ordnungsmächte. Zwischen 1772 und 1796 hatten das Russische Reich unter Katharina der Großen, Preußen und das habsburgische Österreich die Territorien der alten polnisch-litauischen Adelsrepublik unter sich aufgeteilt. Der polnische Staat verschwand für knapp hundertfünfzig Jahre von der Landkarte Europas. Rußland hatte sich den Löwenanteil der polnischen Teilungsmasse gesichert und die östlichen Teile der ehemaligen Adelsrepublik als „wieder gewonnene russische Erde“ einverleibt. Die dort lebenden Ukrainer, Belarussen, Litauer und Polen gerieten unter einen immer schärferen Druck der Russifizierung. Den kleineren Teil der gewonnenen polnischen Territorien, der im Westen an Preußen grenzte, machte Zar Alexander I. nach dem Wiener Kongreß zum Königreich Polen, dessen Herrscher er in Personalunion war. Den polnischen Bewohnern des neuen Königreiches sicherte er als „Freund Polens“ einen autonomen Platz im großen russischen Haus zu.

Scheinautonomie und sogar eine in Aussicht gestellte Verfassung reichten den



Ölgemälde (1920) von Boris Kustodijew: Der Bolschewik. Die Ähnlichkeit mit Godzilla on tour war nicht beabsichtigt, doch die Folgen sind bekannt.

war. Motor und eigentlicher Träger des revolutionären Kampfes war eine streng hierarchisch geformte Partei von Berufsrevolutionären, für die das Prinzip des demokratischen Zentralismus galt. Fraktionen und Abweichler wurden nicht geduldet, Verbündete, bis ins bürgerliche Lager hinein, nur auf Zeit gesucht. Ziel waren die Eroberung der politischen Macht und grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen, die der Sicherung des Machtmonopols dienten. Ein überflüssiges Parlament war nach Hause zu schicken. Damit war der Bauplan für eine Diktatur entworfen.

Eine russische kommunistische Partei entsteht

Zum Zeitpunkt der Abfassung von „Was tun?“ war die revolutionäre Szene in Rußland selbst und in der Emigration mehr als zersplittert. Lenin und seine engsten Mitstreiter schafften es im Verlauf weniger Jahre, die Spreu vom Weizen zu trennen und die entschlossensten, härtesten Kader um sich zu sammeln. Als die Gruppe um Lenin aus einer der häufigen inner-sozialistischen Auseinandersetzungen auf internationalen Treffen und Kongressen mit hauchdünner Mehrheit davon kam, nannte sie sich forthin „Bolschewiki“, während die etwas gemäßigeren Vertreter der Minderheit zu „Menschewiki“ wurden. Aus den Bolschewiki und denen, die sich ihnen später anschlossen – das heißt unterordneten – wurde die kommunistische Partei Rußlands. Ihr standen allein auf der linken Seite des politischen Spektrums die Menschewiki, gemäßigte Sozialisten und Sozialrevolutionäre, Anarchisten und die „Professoren- und Advokatenpartei“ der konstitutionellen Demokraten (Kadetten) gegenüber.

Die Revolution von 1905 zeigte auf der einen Seite die Brüchigkeit der zaristischen Autokratie. Dem vermeintlich sicheren Sieg gegen die Japaner im fernen Osten war eine depressive Niederlage gefolgt, die zum Auslöser von Unruhen und Aufständen wurde.

Geoffrey Hosking, der sich in einer großen Arbeit dem Verhältnis von Nation und Imperium im vorrevolutionären Rußland widmet, arbeitete die Rolle Polens dabei heraus: „In den Jahren 1905/06 war Polen wahrscheinlich der explosivste Teil des Russischen Reiches. Zeitweise befand sich Polen regelrecht im Bürgerkrieg, an dem Studenten, Arbeiter, Schulkinder, oft aber auch kriminelle Banden teilnahmen. Nur die Bauern blieben relativ ruhig: Sie hatten weder solchen Grund zur Klage noch die Solidarität der Dorfgemeinden wie in Rußland. Der bewaffnete Kampf in Polen dauerte in den Jahren 1905/06 insgesamt länger und forderte mehr Menschen als der Guerillakrieg von 1863/64. Er brachte auch für die russischen Truppen eine große Belastung mit sich: Auf dem Höhepunkt der Unruhen waren dort 300 000 Soldaten stationiert, während an der japanischen Front eine Million standen. Nichts könnte deutlicher machen, welch hohen Preis der Versuch hatte, ein Volk zu russifizieren, das sich seiner nationalen Identität, seiner kulturellen, religiösen und staatsbürgerlichen Eigenart so bewußt war.“ (Geoffrey Hosking: Rußland. S. 424)

Die Folgen der Revolution von 1905, die Versuche von Seiten des Zaren, der Hofkamarilla, aber auch der bürgerlichen Kräfte, durch die Einrichtung eines Scheinparlamentes, der Staatsduma, durch wirtschaftliche und soziale Reformprojekte Entlastung zu schaffen, zeigten den Bolschewiki aber auch die andere Seite. Gelingende Reformen, die Umwandlung Rußlands in eine konstitutionelle Monarchie konnten den gewählten Weg eines revolutionären Umsturzes blockieren und gefährlich werden.

Lenin hielt in allen weiteren Emigrationsjahren, die bis 1917 folgten, an der einmal gewählten revolutionären Strategie fest, verband diese jedoch mit taktischer Geschmeidigkeit und immer wieder neuen demagogischen Lösungen. Man konnte und sollte all das versprechen, was man später nicht zu halten gedachte: Frieden, Brot, nationale Unabhängigkeit, Kompromisse. Zahlreiche Besucher, die er in seinen verschiedenen Quartieren und Unterschlupfen empfing, konnten sich gar nicht vorstellen, wie dieser freundliche, schlichte, bescheidene Mann all der Intrigen und Bubenstücke fähig sein sollte, die ihm vorgeworfen wurden. Wie andere Diktatoren und Despoten, lebte Lenin von der Hoffnung auf den Mantel der Geschichte, den es im richtigen Moment zu ergreifen

gälte, träumte von den Schwingen der Schicksalsgöttin, deren Rauschen man rechtzeitig vernehmen müsse. Humanistisch gebildet, wie er dank des Gymnasiums im südrussischen Kasan war, zitierte er Seneca: „Den Willigen führt das Schicksal, den Unwilligen zieht es mit sich.“ Er ersehnte den Mantel der Geschichte, fieberte seinem Oktober entgegen und schwor die mal wachsende, mal schrumpfende Zahl der Jünger darauf ein. Die Führer anderer Parteien hatten Anhänger, er hatte Jünger. Zu Hilfe kam ihm schließlich die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts.

Der Erste Weltkrieg bricht aus

In diesem Moment mußten Lenin jedoch seine Erzfeinde, die polnischen Sozialisten, aus der Klemme helfen. Lenin hatte sich vor 1914 das zur ungarisch-österreichischen Monarchie gehörige polnische Westgalizien als politische Operationsbasis gewählt und pendelte zwischen Krakow und der Hohen Tatra hin und her. Dem passionierten Bergwanderer bekam die dortige Luft sehr gut. Bei Kriegsausbruch wurde er als Angehöriger eines Feindstaates interniert und mußte Führer der polnischen Sozialisten, denen er in herzlicher Abneigung verbunden war, um Hilfe angehen. Diese verhalfen ihm zur Freilassung und unterstützten ihn bei der erneuten Emigration in die Schweiz. Die Schweizer Jahre Lenins in der Zeit des Ersten Weltkrieges wurden von Alexander Solschenizyn intensiv und farbig beschrieben. Die dortigen Anhänger schrumpften, zeitweilig schwanden die Mittel, die Quartiere wurden immer erbärmlicher. Ihn quälten häufiger Depressionen, die er sonst nie zuließ.

Dann brach im Februar 1917 die nächste Revolution aus. Das zaristische Rußland hatte sich mit seinen gewaltigen Kriegsanstrengungen verhöhnt, der Nachschub funktionierte nicht mehr, die Lebensmittelversorgung brach zusammen. An den Fronten kam es zu Meutereien, in Petersburg zu Massenstreiks und Demonstrationen, die in bewaffnete Auseinandersetzungen mündeten. Anarchie brach aus und der mittlerweile handlungsunfähige Zar dankte ab. Für den Januar 1918 wurde eine verfassunggebende Versammlung vorgesehen und für den Übergang eine Provisorische Regierung aus Kräften der politischen Mitte gebildet. Im ganzen Land bildeten sich echte – noch nicht von den Bolschewiki gesteuerte und kontrollierte – Räte (Sowjets). Wieder stand das von Lenins Gefolgsleuten am meisten



„Dieser freundliche, schlichte, bescheidene Mann...“

gefürchtete Gespenst des erfolgreichen Übergangs in ein bürgerlich-parlamentarisches System im Raum.

In der Schweiz festsitzend, tobte Lenin vor Zorn und beschimpfte all seine aus der Illegalität auftauchenden, aus der sibirischen Verbannung oder der Emigration zurückkehrenden Kampfgefährten. Diese Pfuscher drohten wieder einmal alles zu verderben, weil sie sich nicht richtig auf dem rollenden Zug der Revolution positionierten, nicht den Weg ins Führerhaus fanden.

Aus der erzwungenen Passivität half ihm passenderweise die deutsche Heeresleitung. Deutschland litt unter der Belastung des Zweifrontenkrieges, die Kriegspartei machte sich immer noch Hoffnung, entscheidende Kriegsziele zu erreichen und schlug die Möglichkeit eines Ausgleichsfriedens im Westen aus. Konnten da nicht die Bolschewiki unter Lenin das immer noch als Kriegsgegner existierende Rußland mit der Losung Frieden, Frieden, Frieden überziehen? Konnte nicht ein gelingender Annexionsfrieden im Osten entscheidende militärische Kräfte für eine erneute erfolgreiche Offensive im Westen freimachen?

Ein besonders gerissener Verbindungsmann Lenins, der in Deutschland, aber auch im neutralen Schweden agierende undurchsichtige Geschäftemacher Alexander Helphand (Parvus), fädelte die notwendigen Kontakte ein und war an den entscheidenden Vorgesprächen beteiligt. Im April 1917 rollte der angeblich plombierte Sonderzug mit Lenin und seinen Anhängern über deutsches Territorium in Richtung Rußland. In Wirklichkeit konnten sich die Insassen des Sonderzuges in aller Freiheit bewegen und wurden mit aller Höflichkeit behandelt. Zusätzlich füllte sich die Parteikasse der Bolschewiki auf geheimnisvolle Weise mit Millionenbeträgen in Deutscher Reichsmark, welche der Propagandaoffensive und organisatorischen Stärkung der Partei in Rußland dienten. Der Transfer der Gelder wurde über Parvus in Stockholm abgewickelt. Natürlich zweigte er einen Teil für sich selbst ab. Lenin wurde auf dem Finnischen Bahnhof in Petersburg von einer jubelnden Menschenmenge begrüßt, darunter zahlreiche Menschewiki, die ihn immer noch für einen Genossen hielten, mit dem man sich ehrlich verbünden konnte. In seinen kurz darauf veröffentlichten „Aprilthesen“ skizzierte er den Weg zur Machteroberung.

So weit gingen die Pläne der deutschen Seite auf. In einem anderen Teil der Rechnung hatte sie sich jedoch entscheidend vertan. Der Wahn des deutschen Flottenchefs, Großadmiral Tirpitz, England durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in die Knie zu zwingen zu, trieb die bis dahin neutralen USA im gleichen Monat in den Kriegseintritt. Damit waren die Offensivpläne im Westen zum Scheitern verurteilt. Was blieb, waren die Hoffnungen im Osten.

Vom Februar zum Oktober

Eine der anschaulichsten Darstellungen der Monate von Februar 1917 bis Oktober 1917 bildet das „Tagebuch der Russischen Revolution“ von Nikolaj Suchanow. Er stand als „internationalistischer Menschewik“ sowohl in kritischer Distanz zu den Bolschewiki wie auch zu der kraftlosen bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung unter Führung Kerenskis.

Alexander Kerenski, der zum „Hamlet“ der Russischen Revolution wurde, fehlten in den Frühjahrs- und Sommermonaten die absolute Skrupellosigkeit und Härte, die einem Mann wie Lenin überreich zur Verfügung standen. Er konnte und wollte ein Rußland des Umbruchs nicht umstandslos aus seinen Kriegsverpflichtungen lösen, fürchtete die reaktionären zaristischen Generäle und zugleich die Härte der Bolschewiki.

Was Suchanow in seinen Erinnerungen vorschwebte, war eine friedliche Ablösung der unfähigen Kerenski-Mannschaft durch eine demokratische Koalition der Sozialrevolutionäre, Menschewiki und Bolschewiki. Für Lenin kam derartiges nicht in Frage. Es galt, sich in den Monaten vor und nach dem Oktober 1917 jeweils passende Bündnispartner zu suchen, die man dann wieder fallen ließ, die Sowjets von innen zu zersetzen und mit eigenen Leuten zu füllen, die Phase der erneuten Gefährdung im Sommer glücklich zu überstehen. Mit den sogenannten „Roten Garden“ schufen sich die Bolschewiki eine eigene Privatarmee. In den entscheidenden Tagen des Oktoberputsches sollte sie ihnen zur Macht verhelfen. Eine Macht, die noch immer geteilt werden mußte. Noch gab es unabhängige Räte und neu entstandene Gewerkschaften, die Matrosen der Baltischen Flotte in Kronstadt als Kronjuwel der Revolution folgten nicht bedingungslos den Befehlen der Bolschewiki. Leo Trotzki, der brillianteste Gefolgsmann Lenins und spätere



(v.l.) A. Parvus, L. Trotzki und L. Deutsch 1906 im Petersburger Gefängnis.

größte Widersacher Stalins, welcher nach der Machtübernahme zum Kriegskommissar wurde, ließ die Kronstädter Matrosen bei einem späteren Aufstandsversuch zusammenschießen. Ihre Anführer wurden, wie ungezählte andere, die sich gegen die Alleinherrschaft der Bolschewiki ablehnten, zum Opfer des Massenterrors. In diesen Monaten hatten die Bolschewiki vielleicht 10 000 Mitglieder. Ihre Zahl sollte sich erst in den nächsten Jahren ver Hundertfachen.

Es ist immer wieder darüber gerätselt worden, warum die nichtbolschewistischen Kräfte der Revolution den immer offener nach der alleinigen Macht greifenden Bolschewiki in keinem dafür möglichen Moment wirklich in den Arm fielen. Einer der Gründe dafür ist, daß sich aus Furcht vor dem drohenden Bürgerkrieg, in dem es zum Sieg der Reaktion kommen könnte, die Mehrzahl der Kadetten und Menschewiki in den ersten Monaten nach der Machtergreifung der Bolschewiki mehr als passiv verhielt. Später, als sie bereits mit dem Rücken an der Wand standen und ihre Anhänger Opfer des revolutionären Terrors wurden, setzten sie, anders als Konservative und Monarchisten, auf gesellschaftlichen Widerstand, nicht auf militärische Kräfte und äußere Intervention. Unter den Bedingungen des Bürgerkriegs war das zum Scheitern verurteilt. Selbst wer sich anzupassen suchte, fiel einer der späteren Terrorwellen zum Opfer. 

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonabends, am 19. und 26. August sowie am 2., 9., 16. und 23. September, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Herausforderung und Chance zugleich

Ein Gespräch mit den Bundestagsabgeordneten Hiltrud Lotze und Siegmund Ehrmann

Stacheldraht: Frau Lotze, Sie sind Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion für Erinnerungskultur. Was sind die politischen Herausforderungen für die Gedenkstätten der SED-Diktatur?



Foto: H. Lotze

Hiltrud Lotze: „Weg vom Kurzbesuch hin zur intensiven Projektarbeit.“

Lotze: Die Gedenkstätten müssen weiter finanziell abgesichert werden. Sie leisten hervorragende Arbeit und die Besucherzahlen steigen immer weiter an. Heutige Generationen haben keine der beiden deutschen Diktaturen erlebt. Auch die familiären Erfahrungen mit Diktatur und Krieg sind in unserer Einwanderungsgesellschaft ganz andere als früher. Viele Gedenkstätten investieren daher in ihre historisch-politische Bildungsarbeit und gehen weg vom Kurzbe-

such hin zur intensiven Projektarbeit, das wird sehr gut angenommen. Es ist Herausforderung und Chance zugleich, jungen Menschen den Wert der Demokratie anhand unserer Geschichte zu vermitteln und die Aufarbeitung der Verbrechen als gesamtdeutsche Aufgabe zu begreifen – und das in einem europäischen oder internationalen Kontext.

Stacheldraht: Herr Ehrmann, Sie sind Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien im Bundestag. Wie konnten Sie in dieser Wahlperiode die Aufarbeitung der SED-Diktatur stärken?



Foto: SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann: „Dauerhafte Sicherung der Stasiunterlagen, ohne die Akteneinsicht irgendwie einzuschränken.“

Ehrmann: Im Interesse der Opfer der SED-Diktatur haben wir uns mit vielfältigen Themen auseinandergesetzt. Besonders die finanzielle Stärkung der Stiftung Aufarbeitung, das Freiheits- und Einheitsdenkmal waren Projekte, die wir erfolgreich vorangetrieben haben. Wir konnten endlich die Robert-Havemann-Gesellschaft in die institutionelle Förderung des Bundes aufnehmen und die Unterbringung dauerhaft sichern. Wir haben uns auch mit der Rekonstruktion der vorvernichteten Stasiunterlagen auseinandergesetzt. Hervorzuheben ist, daß ein Verbund zur SED-Forschung initiiert wurde. Bei der Reform der BStU oder beim Denkmal

für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft waren wir leider nicht so erfolgreich.

Stacheldraht: Woran ist das Denkmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft gescheitert?

Lotze: Richtig ist, daß wir 2015 einen Antrag verabschiedet haben, der Frau Grütters aufforderte, das Denkmal vorzubereiten und zu begleiten. Leider ist nichts passiert. Wir haben dann zähe, aber konstruktive Verhandlungen mit der CDU/CSU-Fraktion für einen neuen Antrag aufgenommen. Er sollte die Gedenkstättenkonzeption des Bundes weiterentwickeln und auch den Bau des Denkmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft beschließen. Auf Berichterstatterebene hatten wir Konsens erreicht. Dann hat die CDU/CSU ohne Begründung die Bremse gezogen, damit ist der Antrag gescheitert.

Stacheldraht: Die Ergebnisse der BStU-Expertenkommission waren umstritten. Werden Sie weiter für die Umsetzung eintreten?

Ehrmann: Die Ergebnisse wurden kontrovers aufgenommen, aber die Experten haben diese fast einstimmig beschlossen. Auch Herr Jahn hat sie im Kulturausschuß unterstützt. Nach dem Ausscheiden von Rainer Wagner aus der Kommission fühlten sich viele Opfer und deren Verbände nicht ausreichend vertreten, gleichwohl wurde in zahlreichen Fachgesprächen diese Perspektive umfassend beleuchtet. Die Handlungsempfehlungen an den Deutschen Bundestag weisen nach meiner Überzeugung den richtigen Weg, die BStU weiterzuentwickeln.

Stacheldraht: Welche Vorteile versprechen Sie sich von der Umsetzung der Handlungsempfehlungen?

Ehrmann: Die Vorschläge ermöglichen die dauerhafte archivfachliche Sicherung der Stasiunterlagen, ohne die Akteneinsicht irgendwie einzuschränken. Das Gelände an der Normannenstraße soll zu einem offenen Ort des Gedenkens und der politischen Bildungsarbeit umgestaltet werden. Aber ganz besonders sollte der Beauftragte für die Stasiunterlagen einen Mitarbeiterstab zur Aufarbeitung der SED-Verbrechen bekommen. So würde er zu einem Ombudsmann für die Belange der Opfer und könnte direkt beim Deutschen Bundestag die Stimme für die Opfer wirkmächtig erheben. Das halten wir für wichtige Ziele, für die wir uns einsetzen werden.

Stacheldraht: Ab 2019 enden die Antragsfristen für die SED-Opferrenten. Werden Sie sich für eine Verlängerung stark machen?

Lotze: Das ist ein wichtiger Punkt, für den sich die UOKG zu Recht einsetzt. In dieser Wahlperiode konnten wir bereits die Zahlungen leicht erhöhen, dabei haben wir auch vereinbart, eine Entfristung zu prüfen. Viele Anspruchsberechtigte erfahren erst spät, daß ihnen solche Zahlungen zustehen. Eine Entfristung erfordert aber die Abstimmung mit den Ländern, was Zeit in Anspruch nimmt, da diese Teile der Zahlungen übernehmen müssen. Das werden wir in der kommenden Wahlperiode zügig vorantreiben.

(Das Interview führte Joshua Acheampong)

Erläuterung

Zur Kleinen Anfrage an den Brandenburger Landtag, Ausgabe 5/2017, S. 10

In der Vorbemerkung des Fragestellers könnte der Eindruck entstehen, das Bundesverfassungsgericht hätte die Heime des Sonderheimkombinates dem Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau hinsichtlich der allgemeinen Rechtsstaatswidrigkeit von Einweisungen gleichge-

stellt. Dies ist leider nicht der Fall. Das Gericht zitiert lediglich ausführlich die Schilderungen des Betroffenen über die Zustände in den Sonderheimen. Auf diesem Hintergrund fordert es, „das Vorliegen eines groben Mißverhältnisses der angeordneten Rechtsfolgen im Verhältnis zu der zugrunde liegenden Tat im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 2 StrRehaG, zu berücksichtigen.“ (2 BvR 718/08, 26).

Christian Sachse

Bundespräsident besuchte Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße

Seit einem Jahr ist nun die neu gegründete Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam tätig (vorgestellt in Ausg. 2/2017). Am 22. Juni 2017 besuchten Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seine Gattin Elke Büdenbender die Stiftung im Rahmen ihrer Antrittsreise durch das Land Brandenburg. Dabei waren ihnen insbesondere zwei Anliegen wichtig: die Anerkennung der ehemaligen Inhaftierten und die Bildungsarbeit in der Gedenkstätte.

Der Bundespräsident, der Ministerpräsident des Landes Brandenburg und der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam ehrten die Opfer rassistischer und politischer Verfolgung der unterschiedlichen Diktaturen in einer Gedenkzeremonie an der Stele „Das Opfer“ von Wieland Förster im Hof des ehemaligen Gefängnisses. Im Gespräch mit Bernd Richter, dem Vorsitzenden der Häftlingsinitiative in der Potsdamer Lindenstraße 54, erkundigten sich Frank-Walter Steinmeier und Elke Büdenbender voller Respekt und Interesse danach, was Bernd Richter als Gefangener in diesem Haus erleiden mußte. Er sprach von seiner Angst, die er damals hatte, von der Auseinandersetzung mit dem damals Erlebten seit seinem ersten Besuch in dem ehemaligen Gefängnis 1997 und davon, wie er heute mit

Schülern über diese bitteren Erfahrungen spricht. „Freiheit wird mir nie selbstverständlich sein“, sagte er. Als Zeitzeuge versucht er, den Wert der Freiheit vor allem Jugendlichen zu vermitteln, die Demokratie als selbstverständlich empfinden mögen. Er sprach stellvertretend für die vielen Menschen, die hier litten und für diejenigen, die sich als Zeitzeugen in der Gedenkstätte engagieren.

Bei einem Rundgang durch die Gedenkstätte nahm sich der Bundespräsident viel Zeit, betrat immer wieder eine der vielen Zellen, erkundigte sich nach Schicksalen und Zusammenhängen.

Um die Bildungsarbeit in der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße ging es in einem ausführlichen Gespräch mit den Mitarbeiterinnen der Gedenkstätte und Bernd Richter. Zeitzeugengespräche, Kontextualisierung von Biographien in historische Zusammenhänge und das ernsthafte Gespräch über Freiheit, Menschenrechte und Demokratie gehören zu den Grundlagen der Projektangebote für Besucher aller Altersstufen. Dabei sollten die Methoden den Themen gerecht werden: Mitwirkung an der Projektgestaltung, respektvoller Umgang miteinander und Dialogfähigkeit auch bei unterschiedlichen Ansichten sind Fähigkeiten, die hier gefördert werden sollen.

Als der Bundespräsident auf seinem Gang durch das ehemalige Hafthaus eine Schulklasse aus Kolumbien traf, bekam er einen lebendigen Eindruck der Bildungsarbeit des Hauses. In lebhaftem Austausch mit den 14- bis 17-Jährigen erkundigte er sich nach deren Eindrücken hier, aber auch nach ihrem Alltag in Kolumbien.

Bernd Richter sprach nach dem Besuch des Bundespräsidenten von Vertrauen, das Hoffnung gibt. Wir hoffen darauf, daß wir über die Förderung von Stadt und Land hinaus auch die Unterstützung des Bundes für die Entwicklung des Hauses gewinnen, um Barrieren im Haus abbauen und mehr Besuchergruppen Platz zum Austausch bieten zu können. Auch davon war im Gespräch mit dem Bundespräsidenten die Rede.

Uta Gerlant



Gedenkstättenleiterin Uta Gerlant, Elke Büdenbender und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier während des Gedenkens im Innenhof der Gedenkstätte.

Roter Terror zur Behauptung der Macht

Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion vom 8. bis 10. Juni 2017 in Berlin

Gab es in Schwerin zur vorangegangenen Jahrestagung noch Zweifel über den Fortbestand der Lagergemeinschaft, so schießen diese jetzt ausgeräumt. Zahlreiche Grußworte und Fachvorträge bestimmten die Tagung ebenso, wie die Archivführung in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und wie der Besuch des ehemaligen NKWD-Kellers in der Prenzlauer Allee. Dort begleitete Anna von Arnim-Rosenthal, Mitarbeiterin der Bundesstiftung Aufarbeitung, die Teilnehmer sehr gut und informativ. „Wir haben die Gestecke und 30 weiße Rosen niedergelegt“, so Edda Ahrberg, „und in einer Gedenkminute der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft gedacht.“

Nach der traditionellen Begrüßung durch den Vorsitzenden der Lagergemeinschaft, Horst Schüler, sprachen Grußworte Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung und Jens Planer-Friedrich, Mitarbeiter beim Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Daran schlossen sich Projektberichte von Anne Drescher, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern und Marit Cremer, Leiterin der Geschäftsstelle von Memorial Deutschland, an. Später folgten Vorstellungen der Internet-Angebote www.dissidenten.eu durch Markus Pieper und

www.kommunismusgeschichte.de durch Katharina Hochmuth, beide Mitarbeiter der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Das Grußwort des Senators der Stadt Berlin für Kultur und Europa, Dr. Klaus Lederer (Die Linke), fiel ausführlich aus. Ihm lag viel daran, Verständnis für die Verfolgten eines aus seiner Sicht pervertierten Kommunismus zu zeigen. So setzte er sich für die Kinder von Kommunisten ein, deren Mütter und Väter im GULag endeten. „Ich tue dies im vollen Bewußtsein“, sagte Lederer, „daß für all dies die Partei die Verantwortung trägt, die die Vorgängerin der Partei ist, in der ich heute Mitglied bin.“ Tatsächlich gehe es um ein Stück Verantwortung, um die Geschichte und ihre Folgen, um mutig der Wahrheit in die Augen zu sehen.

Lederer imponierte durch sein Bekenntnis, das Vergangene aufzuarbeiten und die demokratischen Werte zu bewahren. »

Daraus die richtigen Lehren zu ziehen, haben beispielsweise die Historikerin Dr. Wilfriede Otto (1933–1915) und der Historiker und Publizist Dr. Wladislaw Hedeler vorgemacht. Hedeler stellte in seinem Eröffnungsvortrag „100 Jahre Russische Revolution und ihre Folgen“ die „Streitfragen und kontroversen Sichtweisen auf die Folgen der Revolution 1917“ vor. Die Februarrevolution werde überwiegend als Vorspiel zur Oktoberrevolution angesehen. Im „leninistischen Geschichtsbild“ würden die Ereignisse dagegen vom Februar „als bürgerlich–demokratische Revolution streng vom Oktober, der ‚Großen Sozialistischen Oktoberrevolution‘ abgesondert“. Die Frage nach dem Scheitern der angestrebten Weltrevolution bliebe offen. Sei nun die russische Revolution von 1917 eine periphere Revolution oder eine Leitrevolution gewesen? Weder noch! Der rote Terror sei sowohl eine Methode zur Führung des Bürgerkrieges als auch zur Behauptung der Macht gewesen. Hedeler bezog in seine Untersuchungen neben den historischen auch die literarischen Zeugnisse ein. „Bereits 1927“, stellte Hedeler fest, habe „es in der UdSSR keinen demokratisch gewählten Bezirkssekretär der KPdSU“ gegeben. Partei- und Staatsämter seien immer mehr verschmolzen.

Die Haftlager hätten sich von Isolations- und Umerziehungsanstalten zu Zwangsarbeitslagern für Arbeitsklaven auf den „Großbaustellen des Kommunismus“ ge-

wandelt. Damit sei für die Häftlinge eine „Besserung durch Arbeit“ angestrebt worden. In der sogenannten Friedenswirtschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sei die Zahl der Arbeitslager von 79 im Jahre 1948 auf 166 im Jahr 1953 angestiegen. Die Arbeitsproduktivität sei dagegen weit zurückgeblieben. Die Lager im Gulag hätten sich nicht mehr reformieren lassen und seien schließlich aufgelöst worden. Das sei eine ökonomische und keine politische Entscheidung gewesen. Wie wir heute wüßten, habe sich damit keine demokratische Entwicklung im ersten „Arbeiter- und Bauernstaat“ vollzogen.

Die Ausstellung „Der Kommunismus in seinem Zeitalter“ von dem Frankfurter Historiker Gerd Koenen spiegelt Aufstieg und Niedergang der kommunistischen Bewegungen im 20. Jahrhundert wider. Anspruch und Wirklichkeit klappten weit auseinander. Der totalitäre Anspruch veränderte die Welt und wurde zum Albtraum für Millionen – für die Opfer der kommunistischen Gewaltregime. Dr. Ulrich Mählert von der Bundesstiftung Aufarbeitung stellte die Exposition mit 25 Tafeln und über 200 zeithistorischen Fotos in eindrucksvollen Worten vor. Seit März 2017 steht die Schau als Poster-Set im DIN A1 Format für die Bildungsarbeit zur Verfügung und kann – zusammen mit didaktischem Begleitmaterial – bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bestellt werden. „Sie ist das ideale Medium“, so Mählert, „um in

Schulen zur Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seinen Diktaturen einzuladen.“ Herausgeber der Ausstellung sind die Bundesstiftung Aufarbeitung und das Deutsche Historische Museum in Berlin.

Der letzte Vortrag – „Dr. Joachim Anders. Erschossen bei Taischet“ – wurde am ersten Tage gehalten, weil der Autor, Dr. André Gursky, am Folgetag einer dringenden Verpflichtung nachkommen mußte. Das weithin unbekannte Schicksal des ehemaligen Regierungsrates der Bezirksregierung Merseburg, Dr. Joachim Anders (13. Juni 1914 – erschossen im Mai 1952), stand im Mittelpunkt. Seit der Festnahme von Joachim Anders durch den sowjetischen Geheimdienst MGB am 5. August 1947 erhielt die Ehefrau bis in die 1990er Jahre keine Nachricht über das Schicksal ihres Mannes. Seine Rehabilitierung erfolgte am 26. September 1991.

Am Ende seines Vortrages verwies André Gursky auf die Verdienste der Lagergemeinschaft Workuta, auf deren Initiative die Einrichtung der Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle zurückzuführen sei. Ebenso seien der Lagergemeinschaft Workuta die jährlichen Vorträge des Moskauer Obersten der Justiz, Leonid Pawlowitsch Kopalin, zu verdanken. Das erste Halle-Forum, das ohne staatliche oder institutionelle Unterstützung auskam, fand bereits am 24. Februar 1994 statt. Inzwischen kann man auf 23 Jahrestagungen zurückblicken.

Erinnerung an jugendliches Opfer



Im Rahmen des Gedenkens an die Malchower Werwolftragödie wurde am 8. Juli vom Malchower und Penzliner Freundeskreis sowie von der AG Sachsenhausen in Penzlin die wieder hergestellte Grabstelle Karl-Friedrich Wendts eingeweiht. Neben der Grabanlage: Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG.

Die Filmvorführung „Terror und Tod – Das System Stalin“ (MDR 2017) berührte auch die Lagergemeinschaft Workuta und vertiefte die inhaltliche Gestaltung der Tagung.

Abschließend erfolgte die Wahl des Vorsitzenden der Lagergemeinschaft. Einstimmig entschied sich das Plenum mit über 70 Teilnehmern für Stefan Krikowski, der seit Jahren in verdienstvoller Weise das Internetportal der Lagergemeinschaft gestaltet. Er wird unterstützt vom neuen Ehrenvorsitzenden Horst Schüler und der Finanzverantwortlichen Edda Ahrberg. Die nächste Jahrestagung wird voraussichtlich in Potsdam stattfinden. Dazu schlug Horst Hennig als Thema „Dissidenten im Spiegel der Literatur“ vor.

(Vorstellung des neuen Vorsitzenden in der nächsten Ausgabe)

Gerald Wiemers

Große Ausstellung gegen das Vergessen

Gedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen am 29. April 2017 in Neubrandenburg

Ausgehend von unserem Ziel, mehr Jugendliche in die Gedenk- und Erinnerungsarbeit zur Lagergeschichte Fünfeichen einzubeziehen, vereinbarten wir mit der Hochschule Neubrandenburg für 2017, das zusätzliche Projekt einer Ausstellung zum Thema „Gegen das Vergessen“ – Lager Fünfeichen – in und mit der Hochschule durchzuführen. Die Hochschule als Ausstellungsort zu wählen ergab sich aber auch, weil die vielen Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft die Ausstellungen der Stadt zum Thema Fünfeichen in den letzten Jahren aus zeitlichen oder organisatorischen Gründen nicht besuchen konnten. Deshalb wurde der Termin der Ausstellung so gewählt, daß alle Teilnehmer der Gedenkveranstaltung die Möglichkeit hatten, sie zu besuchen. Dies war auch deshalb so wichtig, weil die Ausstellungsstücke zum großen Teil Materialien von ehemaligen Häftlingen und deren Angehörigen sind.

Mit dieser Entscheidung ergab sich gleichzeitig ein inhaltlicher Programmpunkt für unsere Gedenkveranstaltung am Vormittag in der Hochschule. Diese zwei, finanziell hart getrennten, Projekte organisatorisch so zu verknüpfen, hatte insgesamt nicht nur finanzielle Vorteile, sondern bereicherte die Gedenkveranstaltung inhaltlich sehr. Die Begeisterung der Besucher, nicht nur der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen, war größer als erwartet und führte dazu, daß die Ausstellungszeit verlängert wurde und aus der Ausstellung ein neues Filmprojekt – „Ausstellung – Gegen das Vergessen“ – entstand.

Auch 2017 lagen die angemeldeten Teilnehmerzahlen wieder erfreulich hoch. So hatten sich für die Veranstaltung in der

Hochschule ca. 210 Teilnehmer angemeldet. Da die Ausstellung „Gegen das Vergessen“ vor allem aus elf Glasvitrinen und 14 Stellwänden in der Eingangshalle bestand, wollten wir kein Eintrittsgeld nehmen. So haben wir aber leider auch keine konkreten Besucherzahlen erhalten. Wir wissen nur, daß immer Besucher in der Ausstellung waren. Und vor allem viele Studenten sind nicht nur vorbeigegangen.

Bei der Gedenkveranstaltung in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen lagen die angemeldeten Teilnehmerzahlen wiederum höher als am Vormittag, weil einige Mitglieder aus gesundheitlichen Gründen nicht den ganzen Tag verkraften konnten und außerdem zusätzlich Bürger der Stadt zur Gedenkfeier nach Fünfeichen kamen. Ausgehend von dieser Altersstruktur in unserer Arbeitsgemeinschaft, waren und sind wir im Interesse unserer Mitglieder immer bemüht, allen unseren Teilnehmern eine inhaltsreiche Veranstaltung zu bieten. Das heißt für uns, daß wir bedeutungsvolle und längere Gedenkansprachen, Fachvorträge und Filmvorführungen schwerpunktmäßig in die Hochschule verlagern, wo die notwendigen Voraussetzungen einschließlich Sitzmöglichkeiten vorhanden sind.

Außerdem versuchen wir wegen der Tatsache, daß unsere Teilnehmer aus der ganzen Bundesrepublik, zum Teil auch aus dem Ausland, anreisen, das heißt, unter Umständen sehr weite Anfahrtswege haben, vielgestaltige und inhaltsreiche Veranstaltungen zu organisieren, die diese Anfahrten auch rechtfertigen. Deshalb, aber auch, weil Filme nur in der Hochschule gezeigt werden können, ist unsere Gedenkveranstaltung immer zweiteilig zu organisieren. Nur durch diese Bedin-

gungen war und ist es möglich, eine gute Beteiligung an unseren Veranstaltungen zu sichern, wobei auf Grund der Altersstruktur, trotz des Zugangs von Enkeln, in den nächsten Jahren ein Rückgang der Teilnehmerzahlen unvermeidbar ist.

Insgesamt können wir einschätzen, daß die Gedenkveranstaltung vom 29. April 2017 wieder einen wertvollen Beitrag zur weiteren Aufarbeitung der Geschichte des viele Jahre verschwiegenen Internierungslagers Nr. 9 und des Lagers Fünfeichen als



Gedenken am Gräberfeld in Fünfeichen.

Ganzes geleistet hat. Der neu vorgestellte Film „25 Jahre Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen“ gehörte zu den Höhepunkten der diesjährigen Veranstaltung. Aber auch die Gedenkansprache des Brigadegenerals Oliver Kohl in der Mahn- und Gedenkstätte kam bei den Teilnehmern sehr gut an. Für seine Worte erhielt er viel Lob und Anerkennung. Mit großer Bewunderung wurden auch die selbst ausgewählten Rezitationen der Schüler des Lessing-Gymnasiums aufgenommen.

Die Reaktionen nach der Gesamtveranstaltung zeigten, daß sie bei allen Teilnehmern wieder sehr gut angekommen ist. Viele Teilnehmer sprachen ihre Dankbarkeit dafür aus, daß sie diese niveauvolle Veranstaltung trotz des hohen Alters und der weiten Anreise miterleben durften.

Rita Lüdtke

Denkmal für die Revolution

(adp) Knapp drei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution soll dem einstigen Mut der Bürger in Mecklenburg-Vorpommern ein Denkmal gesetzt werden, mit einem Gedenkort, der an diese Revolution, die Hintergründe und Ursachen erinnert. Den Anstoß dazu gab im Landtag auf Initiative der CDU die Regierungsko-

alition. AfD und Die Linke schlossen sich dem Antrag einstimmig an. Das Wie und Wo soll bis Ende Mai 2018 erarbeitet werden. Die Eröffnung ist für 2019 – zum 30. Jahrestag des Mauerfalls – vorgesehen.

„Das Denkmal soll das Feuer, das damals in den Herzen der Menschen brannte, für junge Menschen erlebbar machen. Es soll

daran erinnern, daß 1989 das erste und einzige Mal war, daß auf deutschem Boden eine Revolution funktioniert hat. Und es soll daran erinnern, daß immer dann, wenn systematischer Machtmißbrauch zur Methode wird, wir – auch gerade als Demokraten – aufstehen und unsere Stimme dagegen erheben müssen“, erklärte CDU-Fraktionschef Vincent Kokert das Anliegen. 

UOKG-Kongreß

**Kleine Brötchen oder großer Wurf?
Wo stehen wir bei der Aufarbeitung
von SED-Unrecht?
Erreichtes – Defizite – Perspektiven**

**Zeit: Sonnabend, 9. September,
11.00 bis 17.30 Uhr**

**Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer,
Besucherzentrum, Bernauer
Straße 119 (Ecke Gartenstra-
ße), 13355 Berlin**

Programm

11.00 Uhr: Begrüßung; Einführung – Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG

11.10 Uhr: Der Stand der Aufarbeitung aus der Sicht der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – Dr. Robert Grünbaum, Stellvertretender Geschäftsführer der Bundesstiftung

11.30 Uhr: Zukunft der Aufarbeitung aus Sicht des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen – Roland Jahn, BStU

11.50 Uhr: Der Stand der Aufarbeitung aus Sicht des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen – Martin Gutzeit, Berliner LStU

12.10 Uhr: Der Stand der Aufarbeitung aus Sicht der Staatsministerin für Kultur und Medien (angefragt)

12.30 Uhr: Kaffee- und Imbißpause

13.30 Uhr: Offene Fragen der Aufarbeitung aus den Verbänden

- Zur Lage der zwangsdeportierten Frauen – Sibylle Dreher, BdV
- Zur Lage der an der innerdeutschen Grenze Zwangsausgesiedelten – Inge Bennewitz, Publizistin und Betroffene
- Defizite des Einigungsvertrages – Manfred Graf von Schwerin, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE)
- Die Anerkennung des Durchgangsheimes in Bad Freienwalde als rechtsstaatswidrig – Roland Herrmann, Verein „Kindergefängnis Bad Freienwalde“

14.15 Uhr: Offene Fragen der Aufarbeitung

- Bewährtes und Defizite bei den Rehabilitierungsgesetzen – Dr. Johannes Wasmuth, Rechtsanwalt, Lektoratsleiter im C.H.Beck Verlag
- Was kommt nach dem Fonds? Beratung, Lebenshilfe, neue Themen – Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- Zur Zukunft der Häftlingshilfestiftung – Eveline Humm, Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

15.30 Uhr: Weiße Flecken in der DDR-Forschung aus der Sicht der Opfer – Dr. Christian Sachse, UOKG

16.00 Uhr: Kaffeepause

16.30 Uhr: Zukunft der Aufarbeitung aus Sicht der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft – Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG

16.45 Uhr: Kleine Brötchen oder großer Wurf? Zur Zukunft der Aufarbeitung – Podiumsdiskussion

17.30 Uhr: Ende

Einladung

**der Initiativgruppe Internierungs-
lager Jamlitz e.V. zur diesjährigen
Gedenkveranstaltung auf dem
Waldfriedhof in Jamlitz**

**Sonnabend, 9. September 2017,
14 Uhr**

Zum 28. Mal erinnern wir an Leid und Tod der im Sowjetischen Speziallager Nr. 6 in Jamlitz von 1945 bis 1947 inhaftierten Frauen, Männer und Jugendlichen.

Ebenso gedenken wir der Häftlinge und Toten des ehemaligen KZ-Außenlagers Lieberose.

Programm

11.00 Uhr: Gedenkgottesdienst in der Evangelischen Landkirche zu Lieberose mit Susanne Brusch, Pfarrerin der Evangelischen Kirchengemeinde Lieberose und Land

14.00 Uhr: Gedenken an den Massengräbern auf dem Waldfriedhof in Jamlitz

- Kranzniederlegungen
- Begrüßung der Teilnehmer durch die Vorsitzende

- Erinnern an die Toten
- Gedenkansprache – Alexander Latotzky, geboren im Speziallager Bautzen, Vorsitzender des Bautzen-Komitees
- Grußworte
- Dank

Unsere Feierstunde wird durch die Liedertafel Lübben und den Bläserchor Lieberose künstlerisch begleitet.

Michaela Kossatz-Reinke, Vorsitzende

Aufrufe

Gefängnis Bauhofstraße (Potsdam)

Die Gedenkstätte Lindenstraße plant eine Ausstellung zum Gestapo-Gefängnis Priesterstraße im Polizeipräsidium Potsdam (bis 1945) und dem späteren Gefängnis Bauhofstraße im Volkspolizeikreisamt (bis 1990). Die Ausstellung soll im Dezember 2017 eröffnet werden. Für die Ausstellung suchen wir nach Zeitzeugen, die über das Gefängnis Bauhofstraße berichten können sowie nach Objekten und Dokumenten mit Ortsbezug. Wir freuen uns über alle Rückmeldungen und Hinweise!

Kontakt: Uta Gerlant,
Leiterin der Gedenkstätte Lindenstraße
Telefon: 0331 289 6116; E-Mail:
gerlant@gedenkstaette-lindenstrasse.de

Frauen-Arbeitskommando

Wir suchen ZeitzeugInnen, die uns vom Frauen-Arbeitskommando im ehemaligen Kaßberg-Gefängnis berichten können.

Ende der 1980er Jahre verfügte das Kaßberg-Gefängnis über 163 Zellen. Die Kapazität der Haftanstalt wurde 1989 mit 329 Untersuchungshäftlingen angegeben. Zusätzlich waren 16 Männer und 25 Frauen für das Strafgefangenen-Arbeitskommando vorgesehen.

Dieses war zuständig für die Küche, die Wäscherei, eine Schlosserei, eine Tischlerei und einen Schweinestall.

Wer kann Angaben zum Frauen-Arbeitskommando machen?

Bitte nehmen Sie Kontakt zu uns auf:
info@gedenkort-kassberg.de

XXVII. Mahn- und Gedenktreffen

der **Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V. in Mühlberg/Neuburxdorf**

Programm

Freitag, 8. September 2017

17.00 Uhr: Eröffnung im Ratssaal der Stadt Mühlberg/Elbe

17.15 Uhr: „Denkmale und Erinnerungs-orte“ – Vortrag von Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

19.00 Uhr: gemeinsames Abendessen

Sonntag, 9. September 2017

9.30 Uhr: Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof in Neuburxdorf

10.30 Uhr: Ökumenischer Gottesdienst im Zelt am Lagergelände – Predigt: Pfarrerin Kerstin Höpner-Miech, Mühlberg, Musik: Jugendkantorei Mühlberg

11.30 Uhr: Gedenkveranstaltung am Hochkreuz – Gedenkrede: Dr. Martina Münch, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Musik: Posaunenchor Mühlberg

Anschließend ist Zeit für Gespräche und zur Begegnung im Zelt. Hier können zum Preis von 5,- Euro Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen eingenommen werden.

Hinweis

Im Rathaussaal werden am 8. September Fotoalben ausgelegt, die die über 25jährige Arbeit der Initiativgruppe Lager Mühlberg illustrieren.

Sollten Teilnehmer auf einen Bustransfer angewiesen sein, bitten wir diese, sich rechtzeitig, bis spätestens 27. August, in der Geschäftsstelle anzumelden.

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Spendenaufwurf

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer, auf der letzten Mitgliederversammlung der Union der Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft in Berlin haben unsere Mitgliedsverbände auch die Benachteiligung von DDR-Flüchtlingen und -Übersiedlern nach dem Rentenüberleitungsgesetz thematisiert.

Wir haben uns als UOKG in der Sache an die Seite der Betroffenen, der Organisierten, der Nichtorganisierten gestellt, und zugesagt, die Klage beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof finanziell zu unterstützen. Ich möchte Sie herzlich bitten, zu prüfen, ob Sie dieses Anliegen nicht nur ideell, sondern auch materiell im Rahmen Ihrer Möglichkeiten unterstützen können.

So schwierig es auch ist, bei der Gestaltung der Deutschen Einheit jeden Einzelfall lösungsorientiert zu erfassen,

so unbefriedigend ist es dennoch, daß Flüchtlinge, freigeverkaufte Übersiedler, die vor dem Fall der Mauer in den freien Teil Deutschlands gelangt sind, irgendwann überrascht feststellen mußten, daß sie in einer – nach unserer Auffassung – falschen Rechtsanbindung des Rentenüberleitungsgesetzes durch die Rentenversicherungsanstalt schlechter gestellt sind, als wären sie in der DDR verblieben. Die Interessen von Flüchtlingen und Übersiedlern sollten nicht der Freude der Wiederherstellung der Deutschen Einheit zum Opfer fallen.

Herzlichen Dank!

Dieter Dombrowski

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Ewald Ott, Westfalenstr. 26, 53859 Niederkassel. Bitte Adresse angeben!)

Bestätigung über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 8.10.2015 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

U O K G e. V.

IBAN

DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

DEUTDE33HAN

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

S p e n d e G e r e c h t i g k e i t

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

08

Datum

Unterschrift(en)

Schreibmaschine: normale Schreibweise
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Art.-Nr.: 113 360
423 100

Gedenktag begehen

(gr)Der Verein Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam lädt herzlich für Mittwoch, **den 23. August, 18.00 Uhr**, in die Gedenkstätte Leistikowstraße, Leistikowstraße 1, 14469 Potsdam, ein. Der „Europäische Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus“ soll mit einer Feierstunde würdig begangen werden.

Die Landtagspräsidentin Britta Stark wird ein Grußwort sprechen, ein Grußwort der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, wird verlesen.

Den Festvortrag „Phönix aus der Asche: Von der Kraft europäischer Erinnerungen an Stalinismus und Nationalsozialismus“ wird Konrad Tschäpe halten. Er war noch sehr jung, als sein Vater Rudolf Tschäpe das Neue Forum in Grünheide mitbegründete und in Potsdam die Stimme der Revolution von 1989 wurde.

heit seiner Abgeordneten gefordert hatte, bestimmte die OSZE 2009 den 23. August zum Gedenktag.

In einer Pressemitteilung des Europaparlaments zum 23. August als Gedenktag hieß es, die Erinnerung an die tragische Vergangenheit Europas müsse wach ge-

halten werden, um die Opfer zu ehren, die Täter zu verurteilen und die Fundamente für eine Aussöhnung auf der Grundlage von Wahrheit und Erinnerung zu legen. Ohne Erinnerung und Wahrheit könne es keine Aussöhnung geben. Der 23. August solle daher zum europaweiten Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime ausgerufen werden. Dieser Tag solle in Würde und unparteiisch begangen werden. 

Auszeichnung

(hl)Seit 2005 wird anlässlich des Verfassungstages einigen ausgewählten Bürgern die höchste Auszeichnung des Landes Brandenburg, der Verdienstorden, zuteil. In diesem Jahr wurde auch Matthias Taatz, Vorsitzender der Initiative Lager Mühlberg e.V., von Ministerpräsident Dietmar Woidke damit geehrt. In seiner Laudatio sagte Woidke,

Matthias Taatz sei ein „Pfarrer mit besonderer Sensibilität“ und ein „Urgestein der DDR-Opposition“. Schon 1978 habe er sein politisches Engagement im Friedenskreis Halle begonnen. Seit dem Mauerfall engagiere er sich gemeinsam mit Mitstreitern für die historische Aufarbeitung des NKWD-Lagers Mühlberg, in dem nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als 21 000 Menschen interniert waren.

Herzlichen Glückwunsch! 

Neuer Landesbeauftragter

(rb-kg)Der Bürgerrechtler Tom Sello soll Berliner Landesbeauftragter für die Aufarbeitung der SED-Diktatur werden und deutlich mehr Aufgaben bekommen als der bisherige Beauftragte für die Stasi-Unterlagen, Martin Gutzeit. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat den 59-Jährigen für das Amt vorgeschlagen. Erst vor wenigen Wochen hatte auch der Landtag in Brandenburg mit Maria Nooke eine neue Beauftragte für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur

gewählt. Sello wurde vor allem durch sein Engagement in der Bürgerrechtsbewegung bekannt. Später gehörte er unter anderem der Robert-Havemann-Gesellschaft an, die im Jahr 1990 gegründet worden war. Ab 1980 entwickelte er erste oppositionelle Aktivitäten. Von 1987 an wirkte er in der Umweltbibliothek der Zionskirchgemeinde in Berlin-Mitte mit. Während der Friedlichen Revolution gehörte Sello einer Gruppe an, die im Mai 1989 die Fälschung der Kommunalwahlen aufdeckte.

Auch nach 1989 blieb das Unrecht, das viele Menschen in der DDR erlitten hatten, ein wichtiges Thema für ihn. Tom Sello soll die Nachfolge des Landesbeauftragten Martin Gutzeit am 1. Dezember antreten.

Die UOKG begrüßte den Vorschlag ausdrücklich. Dieter Domrowski, Bundesvorsitzender der UOKG, sagte dazu: „Tom Sello verfügt durch sein Engagement in der Bürgerrechtsbewegung und später seine Arbeit in der Robert-Havemann-Gesellschaft über den notwendigen Hintergrund, um die Interessen der Opfer der SED-Diktatur bestmöglich zu vertreten.“

Wir wünschen uns in seinem neuen Amt eine Fortsetzung der fruchtbaren Zusammenarbeit.“ 

Vorschau

Tagung der UOKG

Vorwärts – und schon vergessen?
Der Kommunismus und seine verdrängten Opfer

Am Sonnabend, dem **7. Oktober 2017**, von 10.00 bis 18.00 Uhr in der Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum (ausführlich in der nächsten Ausgabe).

Veranstaltungen

13.8. (So), 15.00 Uhr:

Gedenken an die Opfer der Mauer, am Haupteingang zum Schloßpark Babelsberg; 15.30 Uhr: „9. Potsdamer MauerVerlauf“ – „Die Grenze im Weltkulturerbe – Zerstörung und Wiederherstellung des Schloßparks Babelsberg“, im Schloßpark Babelsberg; Projekt der Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“ u.a.

14.8. (Mo), 17.30 Uhr:

Gedenkveranstaltung „13. August 1961“; 18.00 Uhr: Ausstellungseröffnung „Überwindung der Todesmauer“; Veranstaltung d. Dokumentationszentrums am Moritzplatz u.a.; Ort: Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, Umfassungsstr. 76, 39124 Magdeburg

19.8. (Sa), ab 18.00 Uhr:

Die lange Nacht der Museen **„Ganz Ohr. Radio Glasnost und Überwachungstechniken der Stasi“**, Führungen Gespräche, Vorträge, Filme; Veranstaltung d. Kulturprojekte Berlin GmbH u.a.; Ort: Stasi-Museum Berlin, Haus 1, Ruschestr. 103, 10365 Berlin

21.8. (Mo), 18.00 Uhr:

Der Hitler-Stalin-Pakt. Genese, Erinnerung, Aufarbeitung, Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Claudia Weber, Professorin f. Europäische Zeitgeschichte a.d. Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, Markus Meckel, Außenminister a.D. u. Ratsvorsitzender d. Bundesstiftung Aufarbeitung, Prof. Dr. Leonid Luks, Professor f. Mittel- und Osteuropäische Zeitgeschichte a.d. katholischen Universität Eichstätt, Prof. Dr. Emanuel Droit, stellv. Direktor d. Centre Marc Bloch; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

22.8. (Di), 18.00 Uhr:

„Das läßt einen nicht mehr los. Opfer politischer Gewalt erinnern sich“, mit Autorin Nancy Aris, stellv. Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

22.8. (Di), 19.00 Uhr:

Buchlesung **„Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution“** mit Autor Peter Wensierski; Veranstaltung d. DDR-Museums; Ort: Besucherzentrum d. DDR-Museums, St. Wolfgang-Str. 2, 10178 Berlin

23.8. (Mi), 18.00 Uhr:

Feierstunde zum **„Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus“**; Veranstaltung d. Vereins Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

Auch im Lager wollten sie schön sein...

Das vorliegende Buch mit dem Titel „Das läßt einen nicht mehr los. Opfer politischer Gewalt erinnern sich“ widmet sich 32 Schicksalen von Menschen, die willkürlich in die Fänge des sowjetischen Geheimdienstes NKWD und später der Stasi (DDR-Staatssicherheit) gerieten und lange nicht mehr „losgelassen“ wurden. Hier drei Beispiele.

Else Thomas (geboren 1926), 1945 von Schlesien nach Sibirien verschleppt, 1949 nach vielen Jahren Zwangsarbeit entlassen. Mit Papier drehten sich die verschleppten Frauen im Lager Locken. Nach einigen Jahren lockerten sich im Lager Kemerowo die Haftbedingungen etwas, die Häftlinge konnten Kulturprogramme organisieren. Es durfte sogar ab und an getanzt werden, und dazu wollte man sich so hübsch machen, wie es die Auswahl der „Parfümerie-Abteilung“ eben ermöglichte. Es bezeugte trotz der Hoffnungslosigkeit ihrer Lage den unbedingten Willen zum Leben.

Wolfgang Lehmann (geboren 1929), 1945 als angeblicher „Werwolf“ verhaftet, über diverse Haftorte, u.a. Cottbus und Ketschendorf, 1947 in fünfwöchiger Fahrt nach Sibirien verfrachtet, nach Jahren zum ersten Mal wieder in einem Bett geschlafen und sogar mit Bettwäsche. Er erinnert sich an einen Film, der im Lager gezeigt wurde und nachhaltig großen Eindruck auf ihn machte: „Rätsel um Ramona“. Das Rätsel der Psyche ist, daß man trotz großen Elends immer noch Positives im Leid finden kann. 1952 entlassen – sieben Jahre Haft, doch warum?

Margot Jann (geboren 1926), verhaftet 1945 zusammen mit einer Freundin. Um ein Geständnis zu erzwingen, wurden beide schrecklich gefoltert und schließlich – nach vielen Monaten Isolierung in einem Kellerverschlag – zum Tode verurteilt. Von der Freundin getrennt, wurde Margot Jann nach Bautzen verlegt, von dort nach Sachsenhausen und schließlich nach Hoheneck. 1950 überraschend vorzeitig entlassen, erfährt sie erst 1989, daß die Freundin bereits 1946 tatsächlich erschossen wurde. Die Mädchen hatten harmlose Stoffaufnäher gestickt, das wurde ihnen zum Verhängnis.

Bereits ein Jahr vor Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Deutschland unter den Siegermächten aufgeteilt, ein gutes Drittel des sogenannten Dritten Reiches

wurde den Sowjets zugesprochen, die sogleich ihre rigide Diktatur auf das Besatzungsgebiet erweiterten, die sich bis Ende 1989 hielt. Erst dann war es den Überlebenden möglich, über ihre erlittenen physischen und psychischen Torturen zu sprechen – nein, eigentlich erst viel später, weil die Androhung weiterer Strafmaßnahmen, falls sie über ihre Haft sprechen würden, sich in den Seelen manifestiert hatte.

Hilfreich für den der SBZ/DDR-Geschichte Unkundigen sind die erklärenden Beiträge zwischen den jeweiligen Haft-Biographien. Der Leser erfährt z.B., was der Pelzmützentransport war oder ein SMT-Urteil (Urteil eines Sowjetischen Militär-Tribunals), was KGU (Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit), IM (Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit) und Häftlingsfreikauf bedeuteten.

„Über Jahre hinweg haben Mitarbeiter des Sächsischen

Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Interviews mit Menschen geführt, die Opfer kommunistischer Gewalt waren. Sie saßen im sowjetischen Gulag, in sogenannten Speziallagern in der SBZ/DDR, in Stasi-Zuchthäusern, wurden aus ihrer Heimat an der innerdeutschen Grenze vertrieben, kamen wegen Flugblättern, anderen Protestaktionen oder Fluchtversuchen hinter Gitter. „Die Geschichten sind vielfältig, die Schicksale ähneln einander“, so Lutz Rathenow, der Leiter der Behörde.

Dr. Nancy Aris, Historikerin und Autorin, seit 2003 stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, hat aus den Interviews ein sehr lesenswertes Buch zusammengestellt mit Fotos der Interviewten. Die Gespräche wurden 2010 von Ralf Martens und Utz Rachowski geführt, meist im Haus der Interviewpartner. Die Gemeinsamkeit der Betroffenen ist, daß sie zu jung waren, um die Verbrechen begangen zu haben, die man ihnen zur Last legte. Sie waren am „falschen“ Ort, als man sie verhaftete, auf der falschen Seite der „Zonengrenze“ bzw. lästig



.....
Nancy Aris: *Das läßt einen nicht mehr los. Opfer politischer Gewalt erinnern sich*, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2017, 456 S., 14,- €
.....



und gefährlich für die kommunistischen Machthaber wie Ulbricht und Honecker mit ihrem eifrigen Kettenhund Mielke, dem Chef der Stasi-Behörde bis 1989.

Diese Geschichten lassen einen in der Tat nicht mehr los.

Sybille Krägel

Enttäuschte Hoffnungen

Tage des Erwachens sind es, die Autor Jochen Stern in diesem ersten Teil eines zweibändigen Romans schildert. Tage des Erwachens einer jungen Nachkriegsgeneration, die in der sowjetischen Besatzungszone – die Handlung spielt in Frankfurt/Oder – den Wiederaufbau unter demokratischen Vorzeichen beginnen will. Denn Demokratie ist ihnen versprochen worden.

Eine Gruppe junger Leute wird nach anfänglichen Versuchen, sich auf die eine oder andere Art ihren Lebensunterhalt zu verdienen, schließlich als sogenann-

te Neulehrer angeworben. Diese Lehrer lernen mehr oder weniger abends, was sie am nächsten Morgen ihren Schülern vermitteln, und sollen die alten nazi-belasteten Lehrer ersetzen. Der demokratische Firnis in Verwaltung und Politik bröckelt jedoch schnell. Dann sind da auch noch die Russen, die gemeinsam mit ihren deutschen Helfern dafür sorgen, daß demokratische Anfänge schon bald sowjet-kommunistischer Steuerung erliegen, um später in eine Gleichschaltung zu münden.

Weil der Autor hier vor allem aus eigenem Erleben schöpft, Geschehnisse und Personen sind authentisch, hat er mit diesem Roman auch ein Panorama der Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone in den ersten Nachkriegsjahren entworfen. Wir erfahren zum Beispiel, weshalb vor allem HJ-Führer als Neulehrer angeworben wurden und wie zynisch die Verantwortlichen damit rechneten, sie besonders erfolgreich zu pflichtbewußten Ideologieträgern umzupolen. Oder auch, wie die Russen systematisch versuchten, die bürgerlichen Parteien zu unterwandern, und gleichzeitig die Vereinigung von KPD und SPD unter Vorherrschaft der KPD durchsetzten.

Allerdings hat sich schneller, als die Funktionäre wohl annahmen, mit der Jugend-

organisation FDJ ein Widerpart entwickelt, der sich nicht überall so leicht seine gerade gewonnenen demokratischen Rechte abnehmen lassen will. Die Jugendlichen wehren sich vehement gegen die Übernahme der Leitungsfunktionen durch SED-Mitglieder, zunächst auch mit Erfolg.

Das Ende der Demokratie wird jedoch immer deutlicher. So kommt die Gruppe um die jungen Neulehrer zu der Erkenntnis, daß die Alternative zur Anpassung nur Opposition – „offen oder geheim“ – und Widerstand sein kann. Die Tage des Erwachens sind nun jene, in denen der Traum von einer besseren Gesellschaft der harten Wirklichkeit einer zweiten Diktatur gewichen ist. Sie stehen auf verlorenem Posten, aber sie sind jung und tun etwas, illegale Radiosendungen, Plakate, Informationen für Parteien in West-Berlin. Die Grenze ist offen, mancher kann fliehen, andere nicht...

Jochen Stern ist seit 1957 Schauspieler für Bühne und Film. Und so ist es nicht verwunderlich, daß er sich bei der Konstellation seiner Figuren an modernen Fernsehserien orientiert hat. Die zentralen Gestalten agieren im Ensemble, es gibt nicht mehr die eine Hauptperson. Das muß man können, aber es ist ihm gelungen. Wer ihn ein bißchen kennt, kommt im Laufe des Romans zwar darauf, welche Person ihn verkörpert, doch Stern hat ihr keinen Vorrang eingeräumt.

Daß der Autor vom dramatischen Fach ist, tut dem Roman auch insgesamt ausgesprochen gut. Die Geschehnisse werden weniger beschrieben als gezeigt. Der szenische Aufbau sorgt für Lebendigkeit der Handlung, große Spannung und ein flüssiges angenehmes Lesen. Ein Buch, das man verschlingen kann.

Der erste Teil des Romans endet mit der brutalen Verhaftung der Protagonisten. Der zweite Teil trägt den Titel „Das Leben ist kein Spiel“ und ist für Herbst 2017 angekündigt. Vorbestellen!

Gertrud Röder



Jochen Stern: *Die ewige Morgenröte, Teil 1 Tage des Erwachens, Roman, Burg Verlag, Reihau 2017, 335 S., 12,- €*

Veranstaltungen

23.8. (Mi), 18.00 Uhr:
Eröffnung der Sonderausstellung **„1939 – Pakt über Europa“**; Veranstaltung d. Gedenkstätte Roter Ochse u.a.; Ort: Gedenkstätte Roter Ochse Halle, Am Kirchtor 20 b, 06108 Halle/Saale

24.8. (Do), 19.30 Uhr:
„Rodina heißt Heimat“, Dok.-Film 1992 v. Helga Reidemeister; Veranstaltung d. Brandenburger Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur u.a. in der Reihe „Zeitschnitt 2017“; Ort: Persiuskirche Brügge, Ringstr. 15, 16945 Halenbeck-Rohlsdorf

26.8. (Sa), 17.00 Uhr:
Erinnern. Verstehen. Gestalten. Die Stasi-Haftanstalt Rostock vor der Sanierung, Besuchertag; 17.00 Uhr: 18 Jahre Dokumentations- und Gedenkstätte Rostock, mit Dr. Volker Höffer, BStU; 17.30 Uhr: Gesicht zur Wand, Film und Gespräch mit dem Filmemacher Stefan Weinert; 19.45 Uhr: Unbotmäßige Lieder, Duo Zeitlos trifft Stephan Krawczyk; 20.30 Uhr: Eingesperrt sein und danach, Texte und Lieder v. Gerhard Bause, Ulrich Schacht u. Stephan Krawczyk, vorgelesen v. Stephan Krawczyk; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- u. Gedenkstätte i.d. ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock, Hermannstr. 34 b, 18055 Rostock

26.8. (Sa), 18.30 Uhr:
Schloß Sacrow 1945–1990, Vortrag u. Diskussion; Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Gärtner führen keine Kriege“ d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Schloß Sacrow, Krampnitzer Str. 33, 14469 Potsdam

2.9. (Sa), 18.30 Uhr:
Die Wassergrenze. **Das Grenzregime der DDR in Berlin am und unter Wasser**, Vortrag u. Diskussion u.a. mit Gerhard Sälter u. Manfred Wichmann; Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Gärtner führen keine Kriege“ d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Schloß Sacrow, Krampnitzer Str. 33, 14469 Potsdam

5.9. (Di), 18.00 Uhr:
„Andersfremd“, Autor und Übersetzer Hans-Henning Paetzke stellt sein neues Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

5.9. (Di), 18.00 Uhr:
Was bleibt? Die ostdeutsche Kulturlandschaft zwischen gestern und morgen; Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft e.V. u.a. in der Reihe „Deutschland 2.0 – die DDR im vereinigten Deutschland“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin



Flucht über Bulgarien

12.9. (Di), 19.00 Uhr:

In die Mühlen geraten, Vortrag v. Martin Morgner, Historiker, über Verfolgung und Disziplinierung von Studenten in der DDR; Veranstaltung d. DDR-Museums; Ort: Besucherzentrum d. DDR-Museums, St. Wolfgang-Str. 2, 10178 Berlin

12.9. (Di), 19.00 Uhr:

„Rodina heißt Heimat“, Dok.-film 1992 v. Helga Reidemeister; Veranstaltung d. Brandenburger Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur u.a. in der Reihe „Zeitschnitt 2017“; Ort: Alte Reederei, Brandenburger Str. 38, 16798 Fürstenberg/Havel

19.9. (Di), 18.00 Uhr:

„Spione und Nachrichtenhändler“, Dr. Helmut Müller-Enbergs (Hg.) präsentiert daraus das Kapitel „Die Spione der DDR-Staatssicherheit“; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

19.9. (Di), 18.00 Uhr:

Schriften für den Widerstand – Opposition in der DDR, Zeitzeugengespräch mit Frank Ebert; Veranstaltung der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

20.9. (Mi), 18.00 Uhr:

„Europäische Erinnerungskultur“; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung aus Anlaß des 65. Geburtstages von Markus Meckel; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

26.9. (Di), 19.00 Uhr:

Der Kracher von Moskau, Film und Gespräch mit Thomas Grimm, Dokumentarist; Veranstaltung d. DDR-Museums; Ort: Besucherzentrum d. DDR-Museums; St. Wolfgang-Str. 2, 10178 Berlin

Vorankündigung

19.10. (Do) – 20.10. (Fr):

„Der lange Schatten des Kommunismus – 100 Jahre Oktoberrevolution und das kommunistische Erbe Europas“; Konferenz der Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, 10117 Berlin; Anmeldung unter: Mail heike.tuschscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de oder Tel. (030) 884 12-254

(VT) Das Buch präsentiert mit Hilfe von Original-Dokumenten aus den Archiven der Staatssicherheitsdienste der DDR und der VR Bulgarien möglichst umfassende Informationen über die Fluchtmethoden und die Fluchtwege der Bürger der DDR, die nach August 1961 durch die bulgarischen Staatsgrenzen einen Weg in die Freie Welt suchten und dies oft mit ihrem Leben bezahlen mußten. Ähnlich war auch das Schicksal Hunderter bulgarischer Bürger, Opfer des Eisernen Vor-



.....
Fanna Kolarova, Stoyan Raichevsky: *Flucht aus der DDR über den „Eisernen Vorhang“ Bulgariens. Wege. Methoden. Opfer*, hg. v. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus 2016, 406 S., 30,- €
.....

hangs in den Jahren 1945 bis 1989, auf denen bis heute Vergessenheit lastet und die nicht einmal eine moralische Rehabilitation erhielten.

Die Autoren untersuchten alle ihnen zugänglichen Dokumente und Materialien zum Thema in den Archiven des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR und des Auswärtigen Amtes in Berlin sowie in den entsprechenden Archiven Bulgariens, in denen allerdings ein Großteil der Dokumente zu diesem Thema vernichtet wurde, andere sind noch immer nicht zugänglich. Sie haben die in den Dokumenten festgestellten Tötungsorte der Opfer besucht und auch alle Städte entlang der Grenze zur Türkei, Griechenland und Jugoslawien. Sie sprachen mit Zeitzeugen, Bewohnern und ehemaligen Grenzsoldaten.

Das Thema der Opfer an den bulgarischen Grenzen, die während der Periode des Kalten Krieges in den Westen zu fliehen versuchten, ist immer noch nicht ausreichend erforscht. Die umgekommenen

bulgarischen und ausländischen Bürger sind sogar bis heute nicht als Opfer des totalitären Regimes anerkannt. Ihre Gräber sind nicht gekennzeichnet und den Angehörigen noch immer unbekannt. In der bulgarischen historischen Literatur werden die Opfer als „Banditen“ und „Verräter der Heimat“ bezeichnet. ➡

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im September Geburtstag haben

Günter Hoffmann am 2. September, Rainer Opitz am 3. September, Hildegard Kalweit am 4. September, Sabine Gorynia, Anneliese Wolf am 6. September, Erwin Schwung am 7. September, Renate Stimming am 11. September, Edith Kallweit, Helga Rill am 12. September, Rolf Schälike am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Reinhard Lehmann am 16. September, Dr. Wolf Erler am 18. September, Ursula Freisel am 21. September, ➡➡

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Eckhard Buße am 23. September, Heinz Martini am 25. September, Jutta Petenati, Lenchen Sperling am 27. September, Joachim Simon am 28. September

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Anna Bürger, Volkmar Doberentz, Dr. Karl-Heinrich Hartwig Ebel, Rita Geschke, Siegfried Göthel, Johanna Hanncke, Wolfgang Heilmann, Ilse Helldrich, Werner Henning, Ulf Hutengs, Eberhard Kneschke, Kurt Kugler, Guido Maier, Günther Müller, Wolf Dieter Ohme, Eike Christine Rade-wahn, Prof.Dr. Franz-Viktor Salomon-vom Stein, Günter Schlamp, Rainer Schmiedel, Norbert Sommer

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Nach der Schlacht muß man dem Gewinner immer zu Hilfe eilen.

Ennio Flaiano

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 26. Juli 2017

